

VORURTEILE

Anpassung als Selbsterhaltung

Peter Erwin Jansen

Es wird häufig so getan, als ob der Funke, der die Fremdenfeindlichkeit in Deutschland in den letzten Jahren erschreckend hat auflodern lassen, in der ehemaligen DDR entzündet worden wäre. Wer im Westen so argumentiert, versucht, einer Bedrohung auszuweichen.

Bedroht wird in diesem Falle eine westdeutsche Illusion: Die bundesrepublikanische Wirklichkeit sei vor der Vereinigung die beste aller Welten gewesen, sowohl als gesellschaftliches System, als auch hinsichtlich ihres demokratischen Selbstbewußtseins und ihrer ökonomischen Strukturen. Und so werden gegenwärtig Behauptungen von West nach Ost und von Ost nach West geschoben, die auf beiden Seiten empfundenen Bedrohungen vermitteltst einer Sündenbock-Logik auszuweichen versuchen.

Viele behaupten: „Die Ausschreitungen gegen Flüchtlinge im Ostteil Deutschlands sind Resultat des vierzigjährigen, staatlich verordneten Antifaschismus.“ Andere meinen, daß diese Erscheinungen - auf den Westen bezogen - mit der nur ungenügend aufgearbeiteten NS-Vergangenheit zu tun hätten, und Dritte suchen die Ursachen in einem zu schnellen Vereinigungsprozeß, der für die einen dazu geführt habe, „über's Ohr gehauen worden zu sein“ und für die anderen, nun auf unabsehbare Zeit „für die armen Verwandten bezahlen zu müssen“. Jeder hat sich seine eigenen Erklärungen zusammengestastet, die jeweils andere für schuldig halten. Betrachtet man aber die einzelnen „Zutaten“ für jene Erklärungen, findet man ein kompliziertes Gemisch aus ökonomischen, sozialen, zum Teil anthropologischen oder einfach egoistischen Interessen, die der Fremdenfeindlichkeit zugrunde liegen.

In Gesellschaften, in denen traditionelle, altbekannte und vertraute Lebenszusammenhänge durch ökonomische, soziale oder kulturelle Krisenerscheinungen bedroht sind, wirken diese Bedrohungen zuerst immer auf die Individuen und rufen in ihnen Reaktionen hervor. Das heißt, daß solche Krisenerscheinungen zwar durchaus strukturelle Ursachen haben und als gesellschaftliche Probleme benannt werden müssen, aber die direkten Bedrohungen und Verlustängste treffen keine Strukturen, sondern die Psyche von Menschen, treffen auf deren Alltagserfahrungen und Alltagshandlungen.

In einem Buch mit dem Titel „Aspekte der Fremdenfeindlichkeit“ ist zu lesen: „Einzelne Vermieter mögen Fremdenhaß fühlen, der Wohnungsmarkt fühlt nichts, ist aber objektiv fremdenfeindlich“. Ich halte diese These deshalb für falsch, weil sie mögliche subjektive Handlungsalternativen von Individuen aufgrund „objektiver gesellschaftlicher Defizite“ ausschließt.

Die Senegalesen oder Nigerianer, die eine Wohnung suchen, treten dabei aber nicht dem gesamten „objektiv fremdenfeindlichen Wohnungsmarkt“ gegenüber, sondern dem einzelnen, konkreten Wohnungsbesitzer, der sich auch *gegen* diese „Objektivität“ entscheiden könnte. Und als bei den letzten Bundestagswahlen vor der Vereinigung die Republikaner in Rosenheim/Bayern 25% der Wählerstimmen erreichten, war dies keinesfalls auf extremen Arbeitsplatzmangel, Wohnungsnot oder andere soziale Konflikte zurückzuführen, sondern die politische Willensentscheidung von Individuen, die den Thesen Schönhubers von der „Bedrohung des deutschen Lebensraumes“, und der „Überfremdung durch Ausländer“ nicht zwangsläufig und geradlinig aus gesellschaftlichen Erfahrungen heraus folgten.

Der Zusammenhang zwischen individuellem Verhalten und gesellschaftlichen Bedingungen ist in Wirklichkeit sehr vielschichtig und schließt bei aller Dominanz struktureller Bedingungen die subjektiven Möglichkeiten individueller Entscheidungen und individueller Verantwortung ein.

Wir leben heute in einer Gesellschaft, die den Fortbestand alles Vertrauten überall in Frage stellt. Es entstehen Ängste, weil sich liebgewordene und tradierte Lebensformen einschneidend verändern. Das gilt insbesondere für die Bürger in den neuen Bundesländern, in viel gravierenderen Formen aber für die Menschen in Osteuropa. Diese scheinbar alles umfassende Bedrohung stellt den Fortbestand der kleinen Lebenswelten der Individuen in Frage. Die persönlichen Lebensprobleme erscheinen von anonymen Mächten verursacht, und die Menschen legen sich einen Katalog von Beschwerden zurecht, um diese erfahrene Bedrohung nach außen zu kehren, sichtbar zu machen. Es entsteht eine undurchsichtige Mischung aus berechtigten Beschwerden und falschen Zuschreibungen von Verantwortlichkeit.

Obwohl diese Unzufriedenheit auf tatsächliche soziale Mißstände verweist und die objektiven Ursachen mit wachsender Intensität wirken, kann sie der Einzelne dennoch schwer fassen. Er empfindet meist nur unklar, daß etwas nicht stimmt. Und er hat das Gefühl, daß er nichts verändern könne, selbst wenn er genau wüßte, wo die Ursachen liegen. Viele Menschen, die unter dieser Unzufriedenheit leiden, schreiben deren soziale Quellen nicht einer ungerechten oder veralteten Gesellschafts-

struktur zu, nicht einmal der schlechten Organisation der bestehenden Gesellschaft, sondern vielmehr den Machenschaften Einzelner oder „fremden“ Gruppen. - Hierbei, so hat es den Anschein, werden als die bedrohlichste fremde Gruppe gegenwärtig Flüchtlinge angesehen.

Welche Funktion hat nun diese Einteilung in „Eigengruppen“ und „Fremdgruppen“? Wenn die eigene Zukunft in fast allen Bereichen als bedroht wahrgenommen wird, Angst hervorruft, einem selbst fremd vorkommt, beginnt die Suche nach Projektionsflächen. Hier bietet sich das sichtbar Fremde als Feld an, wogegen man eigene Identität definieren und behaupten kann und worüber man die Ursachen für die eigenen Ängste auf die Fremden projiziert. - „Die Fremden sind schuld daran, daß die gesellschaftliche Zukunft unsicher geworden ist.“

Dieses Fixieren einer „Fremdgruppe“ gegen ein imaginäres „Wir“ erfüllt aber noch andere entlastende Funktionen: Das Identifikationsbedürfnis in einer Gruppe gegen eine andere Gruppe ist meiner Meinung nach der Ausdruck der verlorengegangenen Fähigkeit, als Individuum anderen Individuen zu begegnen. Wird die Wahrnehmung des Einzelnen auf seine Gruppenzugehörigkeit reduziert, wird dieses Individuum von vornherein vor-beurteilt. Dabei spielt es keine Rolle, ob dies nun in einem positiven oder negativen Sinne geschieht.

Jeder kennt das gängige Verständnismuster, wenn jemand sagt: „Ja, ich kenne auch einen sauberen Türken“. Doch fragt man: „Wie heißt er? Wo wohnt er? Wie lebt er?“, bestätigt sich meist, daß dieser Einzelne hinter dem Vorurteil gegenüber der Gruppe doppelt verschwindet. Einmal als Entschuldigungsmoment und zum zweiten als Bestätigung des Vorurteiles gegenüber der Fremdgruppe. Die „positive“ Ausnahme fixiert nur noch einmal das negative Gesamtbild der Fremdgruppe als Ganzes.

Daneben erlebt man häufig, daß die eigene Unzufriedenheit über den Umweg eines erhöhten Anspruchs an die anderen - z. B. die Flüchtlinge - geäußert wird. Rudolf Leiprecht zitierte in einer Veröffentlichung über ein Jugendforschungsprojekt ein Mädchen aus einer Berufsschulklasse: „So wenig Geld kriegen die Ausländer ja auch nicht. Da meinen sie, sie können kommen und kriegen eine Gotteswohnung und Geld und sie werden aufgenommen. Auf eine Art können sie das nicht erwarten, weil: irgendwo sind Deutsche doch Deutsche. Das ist meine Meinung. Da sollte schon irgendwie eine Grenze sein zwischen Deutschen und Ausländern. Weil: das hier ist immerhin Deutschland.“ Und eine Mitschülerin ergänzte: „Die sollten halt für ihre Sachen schaffen müssen, wir müssen ja auch schaffen.“

Die Mädchen haben genau erkannt, was in dieser Gesellschaft zum Leben notwendig ist und was gefordert wird: Leistung, Wohlstand und - ich behaupte noch ein drittes - sich als Deutscher fühlen, national zu denken. Das letzte scheint heute das wirklich problematischste soziale Anpassungsmuster zu sein; denn es funktioniert im Zusammenhang mit seiner direkten Umkehrung: der Ausgrenzung des Fremden. Mit dem Erstarken des Nationalgefühls, der Betonung der nationalen Identität, die im Vereinigungsprozeß auch von offizieller Seite beschworen wurde, ist ein Denkmodell verbunden, das Fremdenfeindlichkeit förderlich ist.

Hinzu kommt, daß noch immer die offizielle Unterscheidung zwischen deutschstämmigen Einwanderern und Flüchtlingen vorgenommen wird. Ich halte in diesem Zusammenhang deutsch-nationales Denken für die größte Gefahr einer Radikalisierung gegenüber ausländischen Mitbürgern. In diesen Zusammenhang gehören Fragen der doppelten Staatsbürgerschaft, die nach meiner Ansicht längst in Gesetzesform hätten festgeschrieben werden sollen, um der Realität Rechnung zu tragen.

In Frankfurt haben mittlerweile über 40% der Jugendlichen zwischen 10 und 15 Jahren keinen deutschen Paß und 65% der Hauptschüler sind ausländischer Herkunft. In der Karmeliter-Schule im Frankfurter Bahnhofsviertel liegt die Zahl der ausländischen Schüler in verschiedenen Klassen schon bei über 90%. Aktuell zeigt sich noch ein weiteres Phänomen: In den letzten Jahren haben sich in Frankfurt verstärkt ethnisch homogene Jugendgangs gebildet. Es ist natürlich schwierig, deutschen Jugendlichen zu sagen: „Ihr dürft das nicht, das ist nationalistisch!“

Es ist zu beobachten, daß in den Umbruchsprozessen in Osteuropa nationale Parolen eine große Bedeutung haben. Ukrainer, Litauer, Weißrussen, Slowaken, Serben, Kroaten, Bosniaken... beanspruchen eigene Nationalstaaten und da sollen ausgerechnet „Wir Deutschen“ uns nicht als national begreifen dürfen und uns nicht „stolz fühlen, Deutsche zu sein“? Es wäre geradezu realitätsblind, zu fordern: „Du darfst dich nicht als Deutscher fühlen!“

Um hier aber zu einer sinnvollen und humanistischen Einstellung zu kommen, wäre eine *politische* Definition des Staates notwendig, die sich auf die gesellschaftliche Akzeptanz von Verfassungsgrundsätzen und Rechtsnormen bezieht. Konkret hätte dies zur Folge, die Staatsbürgerschaft denjenigen anzubieten, die auf dem Territorium der Bundesrepublik geboren sind oder schon eine Zeit lang dort leben, um sie mit politischen Rechten - z.B. dem Wahlrecht - und Pflichten auszustatten, die die

„Gastarbeiter“ und deren Kinder, die zum Teil schon in der zweiten Generation hier leben, ohnehin schon längst erfüllen müssen.

Doch entscheidend ist heute nicht die politische Bindung, sondern die Volkszugehörigkeit, wie sie der Artikel 16 des Grundgesetzes noch immer vorsieht. Beruhend auf dem kaiserlichen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 wird die Zugehörigkeit zum deutschen Staat von der Abstammung her definiert. Der deutsche Nationalismus ist ein blutreiner „Abstammungs-Nationalismus“. Dies gilt- und das wird im Westen häufig vergessen - nicht erst seit der Vereinigung. - Weder toskanischer Wein noch der Kebab um die Ecke lösen dabei das nationale Gefühl auf, noch lassen sie es „multikulturell“ werden.

Der Vereinigungsprozeß hat auf der einen Seite dieses nationale Selbstverständnis noch einmal verstärkt zur Geltung gebracht. Er hat auf der anderen Seite aber auch offengelegt, daß diese „gemeinsame nationale Identität“ überaus brüchig ist. Die Leute im Westen standen der Vereinigung eher abwartend gegenüber, während die Forderungen im Osten - der Wechsel der Sprüche von „Wir sind *das* Volk“ in „Wir sind *ein* Volk“ eine hervorragende Legitimation für das „nationale Muster“ abgab. Es wurde überhaupt nicht mehr über ökonomische, soziale oder gesellschaftliche Alternativen nachgedacht. Prägend war die Stimmung eines deutsch-nationalen Hochgefühls.

Die gesamtgesellschaftliche Krisenentwicklung, die ja nicht auf den Osten beschränkt ist, wurde häufig damit retuschiert, daß im Interesse einer blühenden Zukunft gefordert wurde, „erst einmal Opfer zu bringen“. Doch die Hoffnungen auf kurzfristige grundlegende Verbesserungen haben sich nicht erfüllt. Und anstatt nun die tatsächlichen Ursachen für diese Entwicklung aufzudecken, sucht man im Westen wie im Osten ein Drittes, das jene vermeintliche „nationale Identität“ lebendig erhält. Dafür bietet sich die Reaktivierung von Vorurteilen gegen Fremde als allgemeine Basis für „nationale Identität“ an. Den Fremdenhaß deutete der Historiker Wolf Lepenies als das scheinbar „einzige gesamtdeutsche Gemeinschaftsgefühl“, das aus einer „tief enttäuschten Gemeinschaftserwartung“ für die Menschen in Ost- und Westdeutschland resultiere.

Das Mädchen aus der Berufsschulklasse sagte: „Da gibt es halt Deutsche und Ausländer. Da sollte schon irgendwie eine Grenze sein . . .“ Sie hat Angst vor der eigenen Zukunft, fürchtet, irgendwann nicht mehr „dazu zu gehören“. Und sie sucht sich einen gesellschaftlichen Halt: die Zuordnung zu einem nationalen „Wir“-Gefühl. An die Stelle konkreter, unerfüllter Wünsche tritt die Mitgliedschaft in einem abstrakten Kollektiv, in dem man gegen die Gefahren des Ausgeliefertseins Schutz findet.

Hier kann kulturelle Arbeit helfen, indem sie das Individuum stärkt, indem sie sich vor allem den subjektiven Seiten des menschlichen Lebens zuwendet, Handlungsalternativen aufzeigt, Hintergründe von Vorurteilen herausfindet. Eine Gesellschaft, die erst auf die Folgen von Vorurteilen reagiert, kommt immer zu spät.

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft 1/9 1993,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>